

Die polnischen Parlamentswahlen: eine Analyse des Ergebnisses

Majcherek, Janusz A.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Majcherek, J. A. (2007). Die polnischen Parlamentswahlen: eine Analyse des Ergebnisses. *Polen-Analysen*, 23, 2-5.
<https://doi.org/10.31205/PA.023.01>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Analyse

Die polnischen Parlamentswahlen. Eine Analyse des Ergebnisses.

Janusz A. Majcherek, Krakau

Zusammenfassung

Der bisherige Ministerpräsident Jarosław Kaczyński verschärfte in den vergangenen zwei Jahren durch seine konfrontative Politik die bestehenden Antagonismen in der polnischen Gesellschaft und mobilisierte mit seiner Art der Regierungsausübung die Gegner der Politik und Programmatik der PiS, die vor zwei Jahren noch in hohem Maße Wahlabstinz geübt hatten. Die vorzeitigen Parlamentswahlen wurden zum Plebiszit. Die Wahlbeteiligung war höher als jemals seit 1989 und der Stimmenanteil für die siegreiche Partei niemals so hoch wie bei den Parlamentswahlen 2007. Den Wahlsieg errang die PO durch die Mobilisierung der Jungen, der besser Ausgebildeten und der großstädtischen Bevölkerung. Der Teil Polens, der von einer zugewanderten, durchmischten und insofern differenzierten Bevölkerung bewohnt wird (westliche und nördliche Regionen), legt eine größere Empfänglichkeit für die Transformation und für zivilisatorische Innovationen an den Tag. Diese lässt den antideutschen Akzent in der Politik der PiS gerade dort unwirksam werden, wo die deutsch-polnische Begegnung am intensivsten ist. Die Struktur der polnischen Gesellschaft hat zur Folge, dass die gesellschaftliche Basis der PiS weiterhin – mit schrumpfender Tendenz – breit bleibt. Wenn die neue Regierung versagen sollte, würde sie den Weg für die Renaissance der traditionalistischen Tendenzen in der polnischen Politik frei machen.

Während des Wahlkampfes vor zwei Jahren führte Jarosław Kaczyński, der Vorsitzende der Partei *Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS)*, bewusst eine Politisierung der bestehenden kulturellen Unterschiede in der polnischen Gesellschaft herbei, was zu einer weiteren Polarisierung und einem inneren Antagonismus der Gesellschaft führte, den er für seinen politischen Kampf auszunutzen wusste. Dies ermöglichte ihm, die potenzielle Wählerschaft zu mobilisieren und zu sammeln. Die Folge war ein Doppelsieg – sowohl bei den Parlamentswahlen – seine Partei erhielt die meisten Stimmen und Mandate im Sejm – wie auch bei den Präsidentschaftswahlen –, die sein Bruder, Lech Kaczyński gewann. Dass der Termin für Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zusammenfällt, ereignet sich in Polen theoretisch alle 20 Jahre, wenn die vierjährige Legislaturperiode des Parlaments gleichzeitig mit der fünfjährigen Amtszeit des Staatsoberhauptes, das in allgemeinen Wahlen bestimmt wird, endet. Indem Jarosław Kaczyński im Juli 2006 selbst den Posten des Ministerpräsidenten übernahm und für seine Regierung Koalitionspartner unter den radikalen und populistischen Parteien auswählte (*Liga der Polnischen Familien, Liga Polnisch Rodzin – LPR und Selbstverteidigung, Samoobrona*), verstärkte er die Antagonismen in der Gesellschaft noch weiter und vertiefte sie durch seine aggressive und streitsüchtige Politik, die darauf abzielte, die bisherigen, als ungerecht und betrügerisch verdamnten Strukturen und Hierarchien zu zerstören. Auf diese Weise erntete er den Applaus seiner Anhänger, aber auch eine immer

stärkere Missbilligung seitens der übrigen Bürger ihm und seiner Partei gegenüber. Als er dann nach zwei Jahren politischen Gezerres die unbequeme und ihn mehr und mehr kompromittierende Koalition auflöste und vorzeitige Wahlen ankündigte, wurden diese zum Plebiszit über seine Regierung. Zwar entsprach das seinen Absichten, aber er hatte die massenhafte Mobilisierung seiner Gegner nicht vorhergesehen, die zur Folge hatte, dass er die Wahlen am 21. Oktober 2007 verlor und die Regierungsmacht abgeben musste.

Die Beteiligung der Bürger

Von dem Ausmaß und der Stärke des Antagonismus sowie der damit verbundenen Mobilisierung der polnischen Wählerschaft zeugen die Stimmverteilung und die Wahlbeteiligung. Letztere war die höchste in Parlamentswahlen seit 1989 und überstieg mit 53,88 % deutlich die 50 %-Marke. Das ist im europäischen Vergleich kein außergewöhnlich hohes Ergebnis, aber es überflügelte die Beteiligung von 2005 um mehr als zehn Prozent (2005: 40,57 %). Darüber hinaus kehrt dies den Trend der nachlassenden Wahlbeteiligung der Bürger um, der seit 17 Jahren anhält (nur das Engagement 1989 war noch größer, als die Wahlen auch einen plebiszitären Charakter – für oder gegen den Machterhalt der Kommunisten – hatten). Eine besondere Mobilisierung zeigten die Einwohner der größten Städte: In manchen Bezirken, die die exklusiven Warschauer Stadtteile umfassen, gingen über 90 % der Einwohner an die Urnen, was zur Folge hatte, dass Stimmzettel fehlten, die

am Wahltag zusätzlich herangeschafft werden mussten. Dies führte zu einer Verlängerung der Öffnungszeiten einiger Wahllokale und zur Verzögerung der Bekanntgabe des vorläufigen Wahlergebnisses, was als der größte die Wahlen begleitende Skandal angesehen wurde. Im Jahr 2005 wählten insgesamt etwas über 12 Mio. Bürger; 2007 waren es über 16 Mio.

Vor zwei Jahren erhielten die beiden um die Vorrangstellung konkurrierenden Parteien (*PiS* und die *Bürgerplattform, Platforma Obywatelska – PO*) insgesamt etwas über die Hälfte aller abgegebenen Stimmen. Nach zwei Jahren war die Polarisierung der Gesellschaft so stark fortgeschritten, dass fast $\frac{3}{4}$ der Wähler ihre Stimme für *PO* oder *PiS* abgaben und damit andere kleinere Gruppierungen aus dem Parlament verbannten (mit Ausnahme des Wahlbündnisses der Linken (*Linke und Demokraten, Lewica i Demokraci – LiD*) und der *Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL)*). Insbesondere traf dies die extremistischen und populistischen Parteien, was über die politischen Gräben hinweg als das positivste Ergebnis dieser Wahlen beurteilt wurde. Vor zwei Jahren entfielen auf *PiS* über 3 Mio. Stimmen und bei den Wahlen am 21. Oktober 2007 noch 2 Mio. mehr. Die *PO* aber erhielt jetzt fast 7 Mio. Stimmen, während sich vor zwei Jahren nicht ganz 3 Mio. Wähler für sie entschieden hatten. Das heißt, die *PO* bekam jetzt als stärkste Partei bedeutend mehr Stimmen, als damals für beide großen Parteien zusammen abgegeben worden waren.

Eine gesplante Wählerschaft

Die Spaltung der Gesellschaft und die dadurch hervorgerufene politische Polarisierung lässt sich auf eindeutig sichtbare und entschlüsselbare Kriterien zurückführen.

1. *Alter*. Deutlich ablesbar ist, dass die Unterstützung für die konservative und nationalistische *PiS* mit zunehmendem Alter wächst und schließlich unter den über 60jährigen Wählern die Sympathie für die *PiS* höher ist als für die liberal-konservative *PO*. Letztere hat dagegen die meisten Wähler unter Erwachsenen unter 25 Jahren. Gerade die außergewöhnliche Mobilisierung und unerwartete Aktivität der jüngsten Wählergruppe, die dadurch motiviert wurde, dass sie jetzt den altmodischen, hinterwäldlerischen Traditionalisten, die der Gesellschaft anachronistische Ideale und antiquierte kulturelle Muster aufzwingen wollen, die Macht abnehmen konnte, führte zu der *PiS*-Niederlage. Dabei war es nicht nur von symbolischer Bedeutung, dass an diesen Wahlen zum ersten Mal Bürger teilnahmen, die im Wendejahr 1989 geboren worden waren. Wenn man die etwas Älteren hinzuzählt, die an die Zeit vor der Transformation auch keine oder nur undeutliche Erinnerungen haben, dann ist leicht verständlich, wa-

rum die aus der Zeit vor 1989 abgeleiteten politischen Frontstellungen, die sich auf das Verhältnis zur kommunistischen Vergangenheit stützten, stark an Bedeutung verloren haben. Die junge Generation interessiert das ganz einfach nicht.

2. *Bildung*. Auch in dieser Kategorie tritt eine lineare Abhängigkeit auf: Mit höherem Bildungsgrad sinkt die Unterstützung für *PiS*. Bei den Bürgern mit höherem Schulabschluss ist sie deutlich niedriger als die Sympathie für die *PO* und unter Hochschulabsolventen und Studenten ist der Unterschied eklatant. Insbesondere die massenhafte Teilnahme der Studierenden an den Wahlen (was für sie problematischer als für andere gesellschaftliche Gruppen ist, da eine Registrierung am Studienort bzw. die Fahrt in den Heimatort erforderlich ist) trug zur Niederlage der *PiS* bei. Die intellektuellen, kulturellen und künstlerischen Eliten waren fast vollständig gegen die *PiS*-Regierung eingestellt, die durch einen ostentativen Antielitarismus, ein Hintansetzen und Beleidigen meinungsbildender Gruppen, durch Populismus und die Berufung auf antielitäre Ressentiments gekennzeichnet war.

3. *Wohnort*. Auch in dieser Kategorie gab es ein einfaches Muster: Die Akzeptanz gegenüber der *PiS* und ihrer Regierung nahm mit zunehmender Größe des Wohnortes und dem Grad der Urbanisierung der Region ab.

PO- und PiS-Regionen

Besonders interessant und aussagekräftig ist die regionale Differenzierung der politischen Präferenzen, denn sie spiegelt die Teilungsgebiete des 19. Jahrhunderts und die damalige unterschiedliche staatliche Zugehörigkeit der Regionen wider. Die *PO* gewann in den Gebieten, die nach den Teilungen Polens unter preußischer und deutscher Herrschaft standen bzw. 1945 zu Polen kamen; *PiS* überwog in den Regionen, die bis 1918 zum russischen Teilungsgebiet gehörten. In den Landstrichen, die Ende des 18. Jahrhunderts der Habsburger Monarchie zugesprochen worden waren (das sog. Galizien), herrscht ein relatives Gleichgewicht, allerdings mit einer starken Position der Bauernpartei *PSL*, die dort über lange Traditionen und starke Strukturen verfügt.

Bezeichnend ist, dass die *PO* in ganz Westpolen die stärkste Partei ist, egal ob es sich um Gebiete handelt, die nach dem Ersten Weltkrieg dem polnischen Staat zurückgegeben wurden (Großpolen, Oberschlesien, Pommern, die zu einem bedeutenden Teil von einer autochthonen polnischen Bevölkerung bewohnt wurden) oder nach dem Zweiten Weltkrieg (wie Pommern, Niederschlesien, Ermland und Masurien, wo gegenwärtig Menschen leben, die aus anderen Regionen zugezogen sind, darunter aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten jenseits der heutigen Staatsgrenze). Dies zeigt, dass

der entscheidende Faktor für die politischen Präferenzen dort nicht die seit langem bestehenden lokalen kulturellen oder politischen Traditionen sind (zumindest nicht die familiären). Wichtiger sind wahrscheinlich die persönliche Erfahrung der Nähe zum Westen und die positive Einstellung zu den von dort einfließenden kulturell-zivilisatorischen Mustern. Das erklärt, warum sich in diesen Gebieten die Taktik der *PiS* als wirkungslos erwies, das Schreckgespenst eines deutschen Revisionismus und Revanchismus einzusetzen. Die antideutschen Akzente in der politischen Propaganda und Praxis der *PiS* stießen auf die Gleichgültigkeit derer, an die sie in erster Linie adressiert waren, d.h. derjenigen, die in diesen Landstrichen wohnen und theoretisch das Objekt deutscher Forderungen oder Besitzansprüche sein können. Die Polen, die nähere und häufigere Kontakte mit Deutschen pflegen, fürchten sich weniger vor diesen; vielmehr schätzen sie sie und sind eher proeuropäisch und positiv gegenüber einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit den westlichen Nachbarn eingestellt. Es zeigt sich, dass der Teil Polens, der von einer zugewanderten, durchmischten und insofern differenzierten Bevölkerung bewohnt wird, eine größere Offenheit und Empfänglichkeit für Veränderungen an den Tag legt und somit auch für die Transformation und zivilisatorischen Innovationen. Dagegen sind diejenigen, die seit Generationen in den östlichen Landesteilen ansässig, beheimatet und verwurzelt sind, häufig Veränderungen abgeneigt, insbesondere wenn sich diese an fremde kulturelle Muster anlehnen. Manchmal sind sie schlicht und einfach rückständig und xenophob.

Auch muss man die Tatsache berücksichtigen, dass von den zehn größten polnischen Städten nur eine östlich der Weichsel liegt, die das Land in der Mitte teilt. Das Übergewicht der *PO* im westlichen Polen korreliert also mit der größeren Anzahl von Stadtbewohnern dort. Die abnehmende und gegenwärtig schon sehr schwache Unterstützung für die politischen Bewegungen, die die deutsche Minderheit repräsentieren, weist darauf hin, dass diejenigen, die sich kulturell mit ihr identifizieren, sich immer besser in den gesamt-polnischen Parteien repräsentiert fühlen. An den Orten, wo die deutsche Minderheit nahezu geschlossen die Bevölkerung stellt, feierte die *PO* Triumphe. Ähnlich ist es im Fall anderer Minderheiten: Charakteristisch sind eindeutig sichtbare Enklaven in den östlichen Gebieten, die von orthodoxen Belarussen bewohnt werden und wo die *PO* in einer *PiS*-Umgebung überwiegt. Die Propaganda und Politik der bisherigen Regierung und der lokalen *PiS*-Politiker, die ein homogenes Modell der polnischen national-kulturellen Identität forcieren und offen oder verdeckt die Minderheiten herabsetzen, verursachte, dass diese als Gesamtheit die konkurrierende, liberale *PO* unterstützten.

Nicht ohne Bedeutung war dabei sicherlich die Person des *PO*-Vorsitzenden Donald Tusk. Er stammt aus einer kaschubischen Familie, die – ehemals Bürger der Freien Stadt Danzig – seit Jahrhunderten in Danzig ansässig ist und folglich in einem »kulturellen Grenzraum« lebt. Er hat das Image und den Ruf eines nicht nur offenen, sondern auch jungen (obwohl er gerade 50 wurde) und modernen Menschen. Sein älterer und noch älter aussehender Rivale Jarosław Kaczyński präsentierte sich dagegen nicht nur als fremdenfeindlicher Nationalist, sondern auch als außergewöhnlich altmodisch – es kam heraus, dass er keinen Führerschein hat und noch nicht einmal ein eigenes Bankkonto. Das ist sogar in Polen ein Ausdruck kompromittierender Rückständigkeit.

In Anlehnung an die genannten Faktoren kann man auch die Wahlergebnisse in den Wahlkreisen, die für die im Ausland (USA, Deutschland und andere EU-Ländern) lebenden Polen eingerichtet worden waren, interpretieren. Dort kam es zu einer niederschmetternden Niederlage für die *PiS* und einem triumphalen Sieg der *PO* (von 60 % in Deutschland bis zu 75 % in Schottland). Die in Europa arbeitenden, lernenden, studierenden und lebenden Polen (ihre Zahl wird auf 1,5 bis 2 Mio. geschätzt) sind am wenigsten für die Parole der Verteidigung der nationalen Identität gegenüber Fremden empfänglich und resistent gegenüber der Angst vor den Deutschen oder Europa, die angeblich die polnischen Interessen bedrohen.

Das mobilisierte Wahlvolk

Die Struktur der polnischen Gesellschaft bewirkt, dass die gesellschaftliche Basis der traditionalistischen, nationalistischen und klerikalischen *PiS* weiterhin breit bleibt, allerdings mit schrumpfender Tendenz. Über 1/3 der Polen lebt auf dem Land, das Lebensalter verlängert sich (die Anzahl der über 60-jährigen steigt), die Geburtenrate geht stark zurück (derzeit niedriger als in Deutschland). Dagegen steigen das Bildungsniveau, die gesellschaftliche Mobilität (darunter fallen auch Auslandsaufenthalte) und der zivilisatorische Standard schnell und verändern sich rasch die kulturellen Muster. Dies sind Trends, die dazu führen, dass die Empfänglichkeit für den Traditionalismus, die Angst vor Modernität sowie vor der Außenwelt und »fremden« Einflüssen schwächer wird.

Mit dem Wahlergebnis vom 21. Oktober 2007 verschwindet auch das Paradox einer antieuropäischen Regierung in einem Land, das von einer der am stärksten proeuropäisch eingestellten Gesellschaften bevölkert wird. In den letzten Wahlen hatten die Kaczyńskis mit den Stimmen derer gewonnen, die sie trotz ihrer eigenen proeuropäischen Haltung gewählt hatten, nun wurden sie mit den Stimmen derer abgewählt, die wegen ihrer eigenen proeuropäischen Einstellung gegen sie stimmten.

Vor zwei Jahren appellierten die Kaczyńskis an die Bürger, die ein Gefühl der Verlorenheit, des Vernachlässigung, des Ausgeschlossenseins und des fehlenden Verständnisses für ihre Bedürfnisse hatten sowie der Meinung waren, politisch unterrepräsentiert zu sein. Sie appellierten damals an deren Frustrationen, Ressentiments, Ängste und Forderungen und dabei auch oder besonders an die Unsicherheiten, die durch die schnelle Transformation und Modernisierung hervorgerufen worden sind. Sie mobilisierten diese Menschen, nahmen sie für sich ein und gewannen dank ihrer Unterstützung damals die Wahlen. Manche Beobachter waren – bei aller Kritik gegenüber den Kaczyńskis – geneigt, ihnen das Verdienst zuzuschreiben, die passiven, apathischen und gegenüber öffentlichen Angelegenheiten gleichgültig oder widerwillig eingestellten gesellschaftlichen Gruppen aktiviert zu haben. Allerdings rief die aggressive, brutale, in ihren Mitteln nicht wählerische Politik, die im Namen dieser Gruppen und mit deren großer Zustimmung betrieben wurde, Bestürzung, Empörung und Verurteilung auf Seiten derjenigen gesellschaftlichen Gruppen hervor, die bisher zu den aktivsten gehörten, wenn es um die Karriereplanung und persönliche Ambitionen ging, die jedoch die öffentlichen Angelegenheiten aufgrund eines Übermaßes an beruflichen und familiären Verpflichtungen und außerpolitischen Interessen vernachlässigt hatten. Diese Menschen wiederum mobilisierte und politisierte nach zwei Jahren Kaczyński-Regierung der Widerspruch gegen deren destruktive Politik, die auf nur schwach verborgenen Absichten beruhte, die kulturellen Veränderun-

gen zurückzudrehen und die zivilisatorische Transformation zu negieren. Im Lauf von zwei Jahren entstand also eine politische Aktivierung in beiden gesellschaftlichen Lagern, die in jeder Hinsicht einander entgegengesetzt waren. Die einen stimmten gegen die anderen. Die polnische Gesellschaft wurde politisch gespalten, nach Kriterien, die die kulturell-zivilisatorische und in hohem Maße auch die generationenbedingte Spaltung widerspiegeln.

Bei den vergangenen Wahlen wurde auch über die Frage nach der Fortsetzung oder gar Beschleunigung der kulturell-zivilisatorischen Veränderungen bzw. deren Hemmung im Namen des Traditionalismus und der nationalen Besonderheiten abgestimmt. Es gewannen das Bedürfnis und der Wille nach einer Weiterentwicklung der Prozesse, die 1989 begonnen haben und mit einer Öffnung nach außen einhergegangen sind. Jedoch ist es nicht sicher, ob sie eine Beschleunigung erfahren werden, gibt es doch auch in der neuen Regierungskoalition konservative Milieus, insbesondere beim Juniorpartner *PSL*, mit dem der Wahlsieger *PO* zusammenarbeiten muss, weil ihm einige Sitze zur erforderlichen Mehrheit im Parlament fehlen. Wenn die neue Regierung Erfolge verzeichnet, wird sie damit auch für die Glaubwürdigkeit der modernisierenden und innovativen Trends in der polnischen Gesellschaft sorgen. Wenn sie versagen sollte, würde sie die Renaissance traditionalistischer, anti-modernistischer und anti-innovativer Tendenzen ermöglichen, die auf jeden Fall weiter stark bleiben werden.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor:

Janusz A. Majcherek, Philosoph und Soziologe, ist Professor an der Pädagogischen Akademie in Krakau. Seine Analysen und Kommentare zur polnischen Politik, Gesellschaft und Wirtschaft werden v.a. in der Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« und der katholischen Wochenzeitung »Tygodnik Powszechny« sowie in Fernseh- und Radiosendungen veröffentlicht.